

Inhalt

Vorwort.....	11
Abkürzungen.....	13
1 Fragestellung und Problemaufriss	15
1.1 Ehegattenbesteuerung – Politisch umkämpft seit über 50 Jahren	15
1.2 Fragestellung	17
1.3 Transdisziplinärer Forschungsansatz.....	18
1.4 Wo liegt das politische Problem? Kritik am Ehegattensplitting heute	19
1.5 Begriff und Funktionsweise des Ehegattensplittings.....	21
1.5.1 Getrennte oder gemeinsame Besteuerung von Ehegatten.....	22
1.5.2 Rechtslage in Deutschland.....	24
1.6 Reformbegriff und Reformoptionen	32
1.7 Gliederung der Untersuchung.....	34
1.8 Sprache und Begrifflichkeiten	35
2 Das Ehegattensplitting als Forschungsgegenstand in den Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	37
2.1 Das Ehegattensplitting in der Analyse.....	37
2.2 Ehegattenbesteuerung im internationalen Vergleich	38
2.2.1 Formen der Ehegattenbesteuerung und ihre Verbreitung	38
2.2.2 Besteuerung von Ehegatten in den USA.....	40
2.3 Ökonomische Analysen der Effekte des Ehegattensplittings.....	41
2.3.1 Steuerbelastung einzelner Familienformen im Ländervergleich ...	41
2.3.2 Auswirkungen des Ehegattensplittings auf die Haushaltsnettoeinkommen.....	43

2.3.3	Wirkungen auf die intrafamiliäre Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit	44
2.3.4	Fiskalische Wirkungen des Ehegattensplittings.....	46
2.3.5	Wirkungen des Ehegattensplittings im Zeitverlauf seit 1958	47
2.4	Steuerreformen und Ehegattensplitting im Blickfeld der Politik- und Sozialwissenschaften	48
2.4.1	Politikwissenschaftliche Analysen von Reformhindernissen in der Steuerpolitik	48
2.4.2	Sozialwissenschaftliche Überlegungen zur Reformierbarkeit des Ehegattensplittings	51
2.5	Das Ehegattensplitting in der verfassungsrechtlichen Debatte	53
2.5.1	Konfliktlinie: Subvention oder Berücksichtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips	54
2.5.2	Wandel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in der Begründung des Ehegattensplittings.....	57
2.5.3	Konfliktlinie: Implizite Voraussetzungen des Ehegattensplittings.....	59
2.5.4	Konfliktlinie: Anreiz- und Verteilungswirkungen des Ehegattensplittings	62
2.5.5	Beschränkung auf Ehepaare	65
2.6	Zwischenfazit.....	70
3	Kontinuität und Wandel in der Politik – Theorie, Methoden und Quellen.....	73
3.1	Policy-Kontinuität und Policy-Wandel.....	73
3.1.1	Erklärungsansätze für Kontinuität und Wandel in der Policy-Analyse	73
3.1.2	Kontinuität und Wandel im historischen Institutionalismus	75
3.1.3	Wirkung von Mechanismen der Kontinuitätssicherung als Reformhindernis in politischen Entscheidungsprozessen.....	81
3.1.4	Zwischenfazit.....	83
3.2	Untersuchungsgang und Hypothesen.....	83
3.2.1	Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	84
3.2.2	Hypothesen	85
3.3	Historisch-rekonstruktive Analyse – Quellen und Methoden.....	87
3.3.1	Dokumentenauswahl und Inhaltsanalyse.....	87
3.3.2	ExpertInneninterviews mit am Politikprozess beteiligten Personen.....	90

3.3.3	Triangulation der Methoden und Verhältnis unterschiedlicher Datenquellen zueinander	100
4	Am Anfang des Pfades – Die Einführung des Ehegattensplittings in den 1950er-Jahren	101
4.1	Rechtliche Rahmenbedingungen für Frauenerwerbstätigkeit in den 1950er-Jahren	102
4.2	Haushalts- und Ehebesteuerung vor 1945.....	106
4.3	Zusammenveranlagung oder getrennte Besteuerung – Der Streit um die Ehegattenbesteuerung bis 1957	108
4.3.1	Position des Bundesministeriums der Finanzen und der Finanzministerien der Bundesländer	110
4.3.2	Weitere Entwicklung der Diskussion über die Ehegattenbesteuerung in Parlament und Regierung	112
4.3.3	Positionen von Akteuren außerhalb von Parlament und Regierung.....	116
4.3.4	Zusammenfassung der vor 1957 diskutierten Regelungsalternativen der Ehegattenbesteuerung	120
4.4	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Ehebesteuerung aus dem Jahr 1957	120
4.4.1	Argumente des Bundesverfassungsgerichts.....	123
4.4.2	Vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigte Regelungsalternativen	124
4.4.3	Reaktionen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	125
4.5	Einführung des Ehegattensplittings im Jahr 1958	126
4.5.1	Übergangsregelung	127
4.5.2	Entscheidung für die Einführung des Ehegattensplittings aus der Perspektive des Bundesfinanzministeriums	128
4.5.3	Kritik an ‚unsozialen Wirkungen‘ des Splittings – Forderungen nach einem verändertem Splittingfaktor	130
4.5.4	Neuer Steuertarif anlässlich der Einführung des Ehegattensplittings	133
4.5.5	Gesetzesbegründung 1958 – ‚Wesen der Ehe‘ erfordert Zusammenveranlagung	137
4.5.6	Getrennte Besteuerung und Familienlastenausgleich statt Splitting – Positionen von Frauenverbänden im Jahr 1958	139
4.6	Zwischenfazit	143

5	Institutionelle Verfestigungen des Ehegattensplittings von 1960 bis 1998	147
5.1	Wandel von Ehe, Familie und Geschlechterverhältnissen in Recht und Gesellschaft	148
5.2	Kritik am Ehegattensplitting seit den 1950er Jahren	150
5.3	Kürzung von Steuervorteilen– Sozialliberaler Gesetzentwurf zur Kappung des Splittingvorteils im Jahr 1982	155
5.4	Institutionelle Verfestigungen und gradueller Wandel	156
5.4.1	Verteilungs- und Anreizwirkungen des Ehegattensplittings	156
5.4.2	Verfassungsinterpretation – Von der Anerkennung der ‚Hausfrau und Mutter‘ zur ‚Realität‘ in der ‚intakten Durchschnittsehe‘	160
5.5	Zwischenfazit	163
6	Verpasste Gelegenheit – Das Scheitern des rot-grünen Vorhabens einer Reform des Ehegattensplittings	165
6.1	Widerstreitende Ziele im Wahlkampf 1998	166
6.2	Kompromiss: Kappungsmodell im Koalitionsvertrag 1998	169
6.3	Gescheiterte Umsetzung des Kappungsmodells im Jahressteuergesetz 1999/2000/2002	171
6.4	Entwicklung von Reformalternativen	177
6.4.1	Gesetzentwurf des Bundesministeriums der Finanzen vom Mai 1999 – Individualbesteuerung mit Unterhaltsabzugsbetrag (Realsplitting)	178
6.4.2	‚Einstieg in den Ausstieg‘ – Vorschlag des Bundesfamilienministeriums im Jahr 2002	182
6.4.3	Gegenüberstellung der zwischen 1998 und 2002 diskutierten Reformmodelle	186
6.4.4	‚In den Schubladen‘ – Die Diskussion über das Ehegattensplitting ab dem Jahr 2002	188
6.5	Reformhindernisse in der 14. Legislaturperiode	189
6.5.1	‚Das Rollo geht sofort runter‘ – Zustimmungserfordernis im Bundesrat	190
6.5.2	Bedeutung von Verfassungsargumenten im Prozess der Entscheidungsfindung	191
6.5.3	‚Es ist ja sowas wie eine Steuererhöhung‘ – Probleme der redistributiven Politik	195

6.5.4	„Wir haben jetzt beschlossen, dass euer Lebensmodell irgendwie das Falsche war“ – Vertrauensschutz und Übergangsregeln	197
6.5.5	Hohe politische Kosten – Geringe Steuereinnahmen	199
6.5.6	„Eine Finanzministerin, die das zu ihrem Thema machen würde, käme damit auch durch“ – Zuständigkeit und Federführung	199
6.5.7	Policy-Ebene – Zusammenhänge mit anderen Regelungen und Politikfeldern	202
6.5.8	Problemerledigung durch Zeitablauf	204
6.6	Strategien im Rückblick	205
6.7	Zwischenfazit	206
6.7.1	Mechanismen der Kontinuitätssicherung als Reformhindernisse	206
6.7.2	Schutz der Einverdienstehe auf verschiedenen Ebenen	208
6.7.3	Konfliktlinien und Zuständigkeiten	210
7	Zusammenfassung und Ausblick	213
7.1	Diskussion der Hypothesen	214
7.1.1	Pfadbeginn	214
7.1.2	Pfadkontinuität	215
7.1.3	Gelegenheitsfenster für eine Reform des Ehegattensplittings in der 14. Legislaturperiode	216
7.2	Komplexität des politischen Problems als Reformhindernis	217
7.3	Zielkonflikte der Ehegattenbesteuerung – Zwischen Recht und Realität	218
7.4	Reformhindernisse heute und Potenziale für Institutionenwandel	220
7.4.1	Neuer Geltungsbereich – Eingetragene Lebenspartnerschaften	221
7.4.2	Abschied vom ErnährermodeLL – Widersprüchliche Signale	222
7.4.3	Ausblick – Pfadwechsel durch Übergangsregelungen?	223
	Tabellen, Abbildungen und Übersichten.....	227
	Verzeichnis der ExpertInneninterviews	229
	Archivalien.....	231
	Literatur	233